

Bonner Journalistenvereinigung
c/o Dr. Hajo Goertz
Trierer Straße 115
53115 Bonn
goertz@dju-bonn.de
www.dju-bonn.de



Offener Brief an
den Präsidenten des Bundeskartellamtes
Andreas Mundt
Kaiser-Friedrich-Straße 16
53113 Bonn

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Rheinische Post Mediengruppe und die Gesellschafter der Bonner Zeitungsdruckerei und Verlagsanstalt H. Neusser GmbH teilen offiziell mit, dass die Rheinische Post Mediengruppe den Bonner General-Anzeiger zu erwerben beabsichtigt.

Dem Bundeskartellamt liegt – wie die beteiligten Verlage mitteilen – diese Kaufabsicht zur Genehmigung vor (Az. B7-60/18).

Die Bonner Journalistenvereinigung (BJV), die regionale Gruppe des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), fordert das Bundeskartellamt auf, in das anstehende Genehmigungsverfahren nicht nur wirtschaftliche Aspekte eines Monopols im Medienbereich zu berücksichtigen, sondern im Sinne einer wirksamen Pressefusionskontrolle auch die Sicherung der publizistischen Vielfalt in der Bonner Region einzubeziehen und gegebenenfalls durch entsprechende Auflagen zu gewährleisten.

Die Bonner Journalistenvereinigung ist besorgt, dass mit der Übernahme des Bonner General-Anzeigers durch die Rheinische Post die Meinungsvielfalt in Bonn und Umgebung noch weiter als bisher eingeschränkt wird. Die Meinungsvielfalt in der Bonner Region hat bereits seit Jahren dadurch gelitten, dass der Bonner General-Anzeiger den überregionalen Teil der Kölnischen/Bonner Rundschau liefert. Diese Entwicklung einer Informationsmonopolisierung darf nicht fortgesetzt werden.

Es genügt nach Auffassung der BJV nicht, die Meinungsvielfalt auf die regionale und lokale Nachrichtengattung und Kommentierung zu beschränken. Das aber ist nach der Mitteilung der beteiligten Verlage zu befürchten. Denn Verleger Hermann Neusser erklärt, die Bonner Traditionszeitung habe, „egal in welcher Form sie erscheint“, eine aussichtsreiche Zukunft. Die Geschäftsführung der Düsseldorfer Mediengruppe ergänzt, der Bonner General-Anzeiger werde „weiterhin für eine starke lokale Verankerung stehen“; gleichzeitig werde er „von der publizistischen Kraft der Rheinischen Post profitieren“.

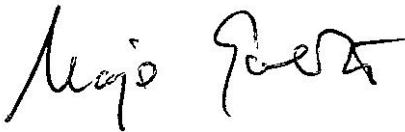
Daraus schließt die BJV, dass die bisherige Vollredaktion des General-Anzeigers reduziert werden könnte zu einer Lokalredaktion der Düsseldorfer Rheinischen Post. Damit sind auch Arbeitsplätze von Redakteuren gefährdet, Auftragschancen für freie journalistische Mitarbeitende werden geschmälert. Als Gewerkschaft und Berufsverband der Journalisten setzt sich die BJV mit ihrem Dachverband DJV entschieden für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein.

Artikel 5 des Grundgesetzes bestimmt als Aufgabe des Staates, die Pressefreiheit zu garantieren. Das Bundesverfassungsgericht erklärt, der Staat habe damit auch die Pflicht, Gefahren abzuwehren, die aus der Bildung von Meinungsmonopolen erwachsen können. Die Demokratie lebe von der Vielfalt der Meinungen, daher müssten möglichst viele Meinungen die Chance haben, in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Pressekonzentrationen könnten diese Möglichkeiten zunichte machen. Der Staat müsse daher gegebenenfalls regelnd eingreifen.

Wenn die Fusion von Rheinischer Post und Bonner General-Anzeiger dazu führt, unter den bestehenden Zeitungstiteln identische journalistische Inhalte zu verbreiten, wird nach Auffassung der Bonner Journalistenvereinigung die Informations- und Meinungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger deutlich eingeschränkt.

Bonn, am Tag der Pressefreiheit, 3. Mai 2018

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Majo Gertz'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Vorsitzender der
Bonner Journalistenvereinigung